



Presseschau vom 05.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Robert Bridge: Die NATO hat sich seit 2014 darauf vorbereitet, in der Ukraine Krieg gegen Russland zu führen

Der Generalsekretär der NATO ließ kürzlich die Katze aus dem Sack: Die Worte von Jens Stoltenberg stärken alle Argumente, die für Moskaus Militäroperation in der Ukraine sprechen. Die von den USA geführte Militärallianz bereitete sich seit 2014 auf einen Stellvertreterkonflikt mit Russland vor. ...

<https://kurz.rt.com/322l> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Der Letzte macht das Licht aus: FDP will Englisch zur zweiten Amtssprache machen

Nein, das ist kein Witz. Auch kein Gedenkopfer für unsere amerikanischen Freunde. Eher ein Zeichen dafür, dass Reste deutscher Gründlichkeit doch noch vorhanden sind – selbst wenn es nur ein gründliches Zuspätkommen ist. ...

<https://kurz.rt.com/3222> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Unsere Jungs sind da! Kommt raus!" – Lissitschansk begrüßt Befreier (Video)

Lisitschansk ist die letzte Stadt der Lugansker Volksrepublik, die am 3. Juli 2022 durch die Lugansker Volksmiliz von ukrainischen Streitkräften befreit wurde. Somit ist nun die LVR vollständig unter Kontrolle der eigenen Miliz. ...

<https://kurz.rt.com/322u> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wie kam es zur Idiotie dieser Sanktionen? Ein Erklärungsversuch

Monatelang und sorgfältig hat man sich vorbereitet, und das Ergebnis sind Sanktionen, die die eigene Industrie zerstören? Wie kommt so etwas zustande? Die Just-in-Time-Produktion könnte dazu beigetragen haben. Ganz ohne Verschwörung. ...

<https://kurz.rt.com/321r> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Urteil: Bundeskanzleramt muss Protokolle zu Corona-Konferenzen herausgeben

Ab März 2020 fanden Bund-Länder-Konferenzen zur Festlegung von Corona-Maßnahmen statt. Bisher blieben Details geheim, da Inhalte "einen künftigen freien und offenen Meinungsaustausch" behindern könnten. Laut einem Gerichtsbeschluss müssen sie öffentlich gemacht werden. ...

<https://kurz.rt.com/324h> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Lawrow zu US-Sanktionen: "Ein offener Raubzug nach Wildwest-Manier" (Video)

Der russische Außenminister Sergei Lawrow traf sich am Montag mit seinem venezolanischen Amtskollegen Carlos Rafael Faria Tortosa in Moskau. Angesichts der Freundschaft, die die beiden Staaten verbindet, und des gemeinsamen Status der von den USA sanktionierten Länder standen aktuelle Themen auf der politischen Tagesordnung. ...

<https://kurz.rt.com/324y> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Sanktionen, Duschen und deutscher Gehorsam: Frieren für die Ukraine

wird konkret

Langsam beginnt die Losung "Frieren für die Ukraine" konkrete Formen anzunehmen. Heute lieferten eine Wohnungsgenossenschaft aus Dippoldiswalde und der Deutsche Städtetag Hinweise darauf, wie der Herbst und Winter aussehen werden. ...

<https://kurz.rt.com/322n> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:15 de.rt.com: Schwerer Beschuss von Donezk: Mehrere Brände in zwei Stadtteilen ausgebrochen

Wie der Telegram-Kanal Donbass reschajet [meldet](#), sind nach schwerem Beschuss der Donezker Stadtteile Kiewskij und Kujbyschew in der Nähe des Bahnhofs Brände ausgebrochen.

Die Handelpavillons auf dem örtlichen Markt stünden in Flammen.

Wie derselbe Kanal zuvor [berichtet](#) hatte, setzten die ukrainischen Streitkräfte den Beschuss des Viertels Kiewskij fort, wobei eine Frau in der Artjoma-Straße verletzt worden sein soll.

Die Angaben beruhen auf Mitteilungen des Hauptquartiers für Verteidigung der Volksrepublik Donezk. Außerdem sei ein Kindergartengebäude in der Sotschinska-Straße beschädigt worden.

Im Donezker Quartier Kujbyschew sollen drei Zivilisten verletzt worden sein. Ein Granaten-Volltreffer der ukrainischen Streitkräfte habe dort ein Mehrparteienwohnhaus in der Lusin-Straße beschädigt. Die Decken mehrerer Stockwerke wurden zerstört.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2ff1948fbef410507cf98.jpg>

Zerstörte Wohnungen im Donezker Stadtteil Kujbyschew, 4. Juli 2022

dan-news.info: Der **Bau einer Wasserleitung vom Chanshenkowskij-Wasserreservoir zum Kanal Sewerskij Donez – Donbass** soll am 15. Juli abgeschlossen sein, erklärte heute der Leiter der Abteilung für Wasserversorgung und Kanalisation des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Iwanow.

„Die Gesamtlänge der Wasserleitung beträgt 21,5 km. Dank dieser Wasserleitung, die Militärbauleute aus der RF bauen, werden wir täglich bis zum 70.000 Kubikmeter in den Kanal leiten können. An dem Objekt arbeiten etwa 300 Menschen, es sind mehr als 60 Stück Technik eingesetzt. Die Inbetriebnahme ist für den 15. Juli geplant.“

Der Vertreter des Bauministeriums fügte hinzu, dass das Reservoir über einen Vorrat von 12 Mio. Kubikmeter Wasser verfügt. Diese Menge reicht, um den gegenwärtigen Zeitplan für die zentrale Wasserversorgung in den Städten der Republik aufrechtzuerhalten, da die Reservequellen derzeit praktisch erschöpft sind.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass zur Befüllung des Kanals Sewerskij Donez – Donbass in der Republik begonnen wurde, eine neue Wasserleitung zu bauen. Die erste Etappe besteht im Bau einer Wasserleitung von Chanshenkowskij-Wasserreservoir, die zweite sieht den Bau einer Abzweigung vom Olchowskij-Wasserreservoir zum Chanshenkowskij-Wasserreservoir vor. Die Arbeit sollte insgesamt bis zum Ende des Sommers abgeschlossen sein.

Die Probleme mit dem Wasser in der DVR begannen bereits im Winter nach Beschüssen von Schlüsselobjekten der Wasserversorgung der Region durch Kiewer Truppen. Im Zusammenhang damit wurde die zentrale Wasserversorgung in den Ortschaften entweder vollständig eingestellt oder erfolgt nach einem Zeitplan in wesentlich geringerem Umfang. Ende März wurde bekannt gegeben, dass Wasserleitungen gebaut werden sollen, um Wasser aus alternativen Quellen zu erhalten. Zur Lösung dieser Probleme sind mehr als 100 Spezialisten aus Moskau in die Republik gekommen.

21:00 de.rt.com: **Litauische Behörden demontieren sowjetisches Kriegsdenkmal in Klaipėda**

In der drittgrößten litauischen Stadt Klaipėda haben die Abbauarbeiten an einer Gedenkstätte für sowjetische Soldaten begonnen, wie Bürgermeister Vytautas Grubliauskas am Montag dem litauischen Rundfunk LRT mitteilte. Zuvor hatte der Stadtrat von Klaipėda die Demontage des Denkmals beschlossen. Laut Grubliauskas soll es in das Museum für sowjetische Denkmäler im Grutas-Park verlegt werden.

Wie LRT unter Berufung auf Andrius Dobranskis, den stellvertretenden Direktor der Stadtverwaltung von Klaipėda, berichtete, werden die Demontagearbeiten die Stadt 18.000 Euro kosten. Der Abbau der Gedenkstätte soll bis zum 6. Juli komplett abgeschlossen sein, hieß es.

21:25 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte feuern zum ersten Mal mit US-amerikanischen "HIMARS"-Mehrfachraketenwerfern auf Donezker Volksrepublik**

RIA Nowosti [meldet](#), dass das ukrainische Militär zum ersten Mal amerikanische HIMARS-Mehrfachraketenwerfer bei dem Beschuss des Gebietes der Donezker Volksrepublik (DVR) eingesetzt habe. Ruslan Jakubow, der Leiter der DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination (Joint Centre of Control and Coordination, JCCC), hat gegenüber RIA Nowosti erklärt:

"Ich möchte betonen, dass sowohl die von jenseits des Ozeans gelieferten Artilleriesysteme vom Kaliber 155 als auch die HIMARS-Mehrfachraketenwerfer von den Kämpfern genutzt werden, um die Wohngebiete der Städte der Republik zu treffen."

Zuvor hatte die Volksrepublik Donezk berichtet, dass ukrainische Truppen bereits am Montag mehrere hundert Schuss Munition auf das Gebiet der Republik abgefeuert hätten. Die Angriffe richteten sich gegen Pantelejmonowka, Nowobachmutowka, Donezk, Makejewka, Golmowskij, Jelenowka, Jakowlewka, Jassinowataja, Bairak und Sneschnoje.

Russland hat an alle Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten, eine Note über Waffenlieferungen an die Ukraine gerichtet. Außenminister Sergej Lawrow stellte fest, dass jede Ladung mit Waffen für die Ukraine ein legitimes Ziel für Russland sei. Das russische Außenministerium hatte erklärt, die NATO-Länder würden mit ihren Waffenlieferungen an die Ukraine "mit dem Feuer spielen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3309fb480cc1caa50c4c3.jpg>

Am Montag hat der ukrainische Generalstab Fotos und ein Video veröffentlicht, auf denen zu sehen ist, wie die ukrainischen Truppen moderne M142 High Mobility Artillery Rocket Systems (HIMARS) einsetzen, um russische Ziele in der Oblast Saporoschje im Süden des Landes anzugreifen, 4. Juli 2022

21:48 de.rt.com: **Oskar Lafontaine: "Öffnet Nord Stream 2!"**

Wieder einmal hat sich Oskar Lafontaine über die sozialen Medien lautstark zu Wort gemeldet. Dabei spricht er nur aus, was viele denken: Die aktuell massiv entflammte Wirtschaftskrise ist hausgemacht, und die antirussischen Sanktionen sind ihr Brandbeschleuniger.

Er kann es nicht lassen und trifft wie so oft den Nagel auf den Kopf: Am Montag hat sich der ehemalige SPD- und Linkenvorsitzende Oskar Lafontaine über die sozialen Medien zu Wort gemeldet. Dabei kritisierte er zunächst die antirussischen Sanktionen und die dadurch drohende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland:

"Ich kann das Gejammere von Steinmeier, Scholz und anderen über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Russland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Russland. Es wird zudem immer deutlicher, dass die deutsche Wirtschaft auch bei vielen anderen notwendigen Rohstoffen und Ersatzteilen eng mit Russland verflochten ist."

Weiter fragt er, wie sein kann, dass deutsche Politiker und Medienschaffende nach der Pfeife Washingtons tanzen:

"Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn man wegen Menschenrechtsverletzungen die Verbindungen zu einem Land abbricht, dann darf man mit den USA, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen in der Welt verantwortlich sind, keinen Handel treiben.

Es war doch wirklich peinlich, mit anzusehen, wie Biden auf der Pressekonferenz mit Scholz in Washington diesem überdeutlich machte, wer bestimmt, ob die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht.

Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter. Woher kommt diese deutsche Sucht, sich zu unterwerfen, wenn man sieht, wie sich deutsche Journalisten und Politiker gegenüber Washington verhalten?"

Seine Forderungen sind daher klar:

"Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern."

Im Anschluss gibt es noch einen kleinen historischen Exkurs bezüglich der unrühmlichen Rolle der US-amerikanischen Regierungen in diesem Jahrtausend, die Lafontaine für die aktuellen Zustände maßgeblich verantwortlich macht:

"De Gaulle wusste noch, Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. So wie die Amis seit 100 Jahren versuchen, das Zusammengehen deutscher Technik mit russischen Rohstoffen zu verhindern (George Friedman), so sollte die Bundesregierung endlich einsehen, dass die Sanktionen nicht Russland und den USA schaden, sondern in erster Linie Deutschland und Europa.

Bundesregierung und deutsche Medien können nicht länger leugnen, was ihnen der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs kürzlich wieder ins Stammbuch geschrieben hat: 'Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011) starkgemacht und die den Einmarsch Russlands in die Ukraine erst provoziert haben.'"

An die Verantwortlichen in Berlin appelliert Lafontaine schließlich eindringlich:

"Wenn man einen großen Fehler gemacht hat, muss man den Mut haben, ihn zu korrigieren. Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3166bb480cc06662f566a.jpg>

Am 16. März 2022 besucht Oskar Lafontaine letztmals eine Sitzung im Saarländischen Landtag als Abgeordneter. Seine Rede in der Plenardebatte zum Ukrainekrieg bringt ihm den Beifall aller Fraktionen.

Kprf.ru: Die rote Fahne des Sieges über dem Donbass! Erklärung des Vorsitzenden des ZK der KPRF

Unsere ruhmreichen Streitkräfte haben gemeinsam mit den Armeen der Lugansker und der Donezker Volksrepublik die Truppen des Bandera-Regimes und ausländische Söldner aus Sewerodonezk und Lissitschansk vertrieben. Eine glänzend durchgeführte Operation zur Liquidierung des starken Befestigungsbereich, den die Neonazijunta im Verlauf von acht Jahren geschaffen hat. Die Schnelligkeit, mit der ausgewählte Truppenteile von Neonazis, die von ausländischen Instruktoren ausgebildet worden waren, zerschlagen wurden, zeugt von der gewachsenen militärischen Meisterschaft unserer Armee.

Mit der Befreiung dieser Städte auf dem Territorium der LVR wurde die Volksmacht vollständig wiederhergestellt. Es werden die Voraussetzungen für die Beseitigung der schrecklichen Folgen der achtjährigen Besatzung des Donbass durch Neonazis geschaffen. Beim Abzug haben die Truppen des Bandera-Regimes die faschistische Taktik der verbrannten Erde eingesetzt. Städte und Ortschaften der LVR wurden mit schweren Geschützen und Mehrfachraketenwerfern beschossen. Ihre Einwohner wurden als lebendes Schild genutzt. Unternehmen wurde zerstört, um der Wirtschaft der Region maximalen Schaden zuzufügen und die Ausgaben für den Wiederaufbau zu vergrößern. Jetzt gehört das bald der Vergangenheit an.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation dankt den Soldaten und Offizieren der

Streitkräfte Russland, der Truppen der Volksrepubliken, den Soldaten der Freiwilligenformationen, unseren Genossen Kommunisten, die an den Kämpfen beteiligt waren, und gratuliert ihnen zu dem bemerkenswerten Sieg, der mit den Heldentaten der Soldaten der Roten Armee, die den Donbass vor 80 Jahren von den Faschisten befreiten, in die Geschichte eingehen wird.

Aber der Kampf ist noch im vollen Gange. Die verletzte Nazi-Bestie, vollgepumpt mit Drogen und Strömen von Geld und Waffen aus NATO-Ländern, schlägt weiter um sich. Sie wirft nicht nur Zehntausende zwangsweise mobilisierter Bürger Ukraine in das Feuer des Krieges, die gezwungen werden, für ihnen fremde Interessen der USA und ihrer Verbündeten zu sterben. Die Bandera-Bestie stürzt sich auf Russland und beschießt immer öfter Dörfer und Städte unseres Landes mit Raketen. Bei einem Schlag auf Wohngebiete von Belgorod starben vier Menschen, darunter drei Flüchtlinge aus Charkow. Wir verurteilen diese weitere Erscheinung des Staatsterrorismus von Seiten Selenskijs und seiner transatlantischen Herren entschieden.

Die Handlungen des Bandera-Regimes verdienen nicht nur moralische Verurteilung, sondern auch den Einsatz von Mitteln, die die den Mund voll nehmenden Neonazis zur Vernunft bringen würden. Es ist sinnlos ein verbrecherisches Regime, das auf einem Staatsstreich gründet und das nicht im Interesse seines Volkes, sondern der weltweiten Oligarchie handelt, der Verletzung von Menschenrechten zu beschuldigen.

Die Antwort auf die Verbrechen muss stark und unaufhaltsam sein. Die Schwachstellen des Bandera-Regimes, einschließlich der CIA-Nester in Kiew, sind gut bekannt. Versprechen, ihnen Schläge zu versetzen, die nicht von Handlungen untermauert sind, rufen bei den Neonazis ein Gefühl der Straflosigkeit hervor und ermutigen sie zu neuen blutigen Verbrechen. Wir bestehen auf dem Einsatz wirksamerer Maßnahmen zur Zähmung der übereifrigen Bandera-Banden.

Die russische Gesellschaft unterstützt die militärische Spezialoperation in der Ukraine. Die Menschen wissen sehr gut, dass wir nicht gegen das ukrainische Volk kämpfen, sondern gegen die NATO, die die ukrainischen Streitkräfte als Speerspitze gegen Russlands einsetzen will. Das Verständnis dessen, dass die Streitkräfte Russlands gegen den Neonazismus und gegen die wortbrüchige Aggression der NATO kämpfen, bestimmt die Unterstützung des Volkes. Gleichzeitig hat die russische Gesellschaft ein Recht darauf, dass ihre Einstellungen und Einschätzung des Verlaufs der Operation gehört und berücksichtigt werden. Eine ständige Rückkopplung zwischen Volks und Regierung ist die wichtigste Voraussetzung für die Einheit des Landes in schwierigen Zeiten.

Der Mechanismus der Konsultation mit den parlamentarischen Parteien, die die Ansichten von Dutzenden Millionen Wählern zum Ausdruck bringen, ist das wichtigste Mittel der Zusammenarbeit der Staatsführung und der Gesellschaft. Wir rufen die Regierung Russlands auf, diesen Mechanismus energischer zu nutzen. Das wird es der Gesellschaft erlauben, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Beteiligung an lebenswichtigen Entscheidungen wahrzunehmen. Und das wird es der Regierung erlauben, effektiver, auf Grundlage der Unterstützung durch das gesamte Volk, die Umsetzung der Aufgaben der militärischen Spezialoperationen zu erreichen.

Die KPRF begrüßt unsere tapferen Soldaten, die einen großen Sieg im Kampf gegen den Neonazismus und die Aggression der NATO errungen haben, und senkt gleichzeitig die Banner im Andenken an die mutigen Soldaten und Offiziere der russischen Armee, der Truppen der LVR-DVR und der Soldaten der Freiwilligenformationen, die in den Kämpfen für die Befreiung der Ukraine vom Bandera-Dreck gestorben sind. Der Kampfgeist unserer Armee und die Unterstützung des Volkes sähen Zuversicht in den unausweichlichen Sieg der russischen Waffen über den Weltimperialismus in Gestalt der NATO und ihrer neonazistischen Handlanger.

Der Vorsitzende des ZK der KPRF, G.A. Sjuganow

21:50 de.rt.com: **Gouverneur von Rostow bestätigt Drohnenabsturz auf Haus in Taganrog**

Die Agentur RIA Nowosti [meldet](#), dass der Gouverneur der Region Rostow, Wassili Golubjow, bestätigt hat, dass eine Drohne auf ein Wohnhaus in Taganrog gestürzt sei und niemand dabei verletzt wurde.

Zuvor hatte eine Quelle gegenüber RIA Nowosti erklärt, dass ein Haus in der Straße Nowyj pereulok am Montagabend in Brand geraten sei. Das Wrack der Drohne, die es getroffen hatte, wurde in der Nähe gefunden.

"Heute um 17.26 Uhr wurde gemeldet, dass eine Drohne auf ein Wohnhaus in Taganrog abgestürzt ist. Das Feuer brach auf einer Fläche von 70 Quadratmetern aus und konnte schnell gelöscht werden. Es wurde niemand verletzt", schrieb Golubjow auf Telegram.

Die Strafverfolgungsbehörden sind dabei, den Typ des Fluggeräts und die Gründe für seinen Absturz zu ermitteln. "Es wurde objektiv festgestellt, dass sich keine Waffen oder Munition in dem Flugzeug befanden. Die Zugehörigkeit des Geräts wird gerade festgestellt", erklärte er. Es wurden sofortige Maßnahmen ergriffen, um Menschen zu helfen, deren Eigentum beschädigt worden war.

Verschiedene Telegram-Kanäle hatten bereits Fotos von Wrackteilen der Drohne veröffentlicht. Dem Hoheitszeichen auf einem Tragflächenüberrest nach zu urteilen, könnte es sich um eine russische Drohne gehandelt haben. Der Kanal Wojennyj oswedomitel [ordnet](#) die Wrackteile russischen Drohnen vom Typ "Forpost" zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c347e2b480cc03fa523a65.jpg>

Wrack einer Tragfläche der abgestürzten Drohne in Taganrog, 4. Juli 2022

22:10 de.rt.com: **Ex-Präsident Poroschenko meldet Kauf von italienischen gepanzerten Fahrzeugen**

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den Kauf einer Tranche von modernsten gepanzerten Fahrzeugen des Typs MLS SHIELD aus Italien für das ukrainische Militär gemeldet. Laut dem Politiker wurden die elf Fahrzeuge aus Spenden bezahlt. Auf seinem Twitter-Account [schrieb](#) Poroschenko:

"Es ist das erste Mal, dass neue gepanzerte NATO-Fahrzeuge für die ukrainischen Streitkräfte mit privaten Mitteln gekauft werden. Nach drei Monaten intensiver Verhandlungen haben wir von der italienischen Regierung eine Exportlizenz für die Kampffahrzeuge erhalten. Das ist ein Präzedenzfall, wir liefern gemeinsam Kampffahrzeuge an die ukrainischen Luftlandetruppen."

Ihm zufolge sind die Fahrzeuge für eine Gegenoffensive ausgelegt. Poroschenko fügte hinzu: "Solche hochmodernen gepanzerten MLS SHIELD-Fahrzeuge aus italienischer Produktion

werden bald an die Front geschickt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c34305b480cc05287b0b79.jpg>

22:30 de.rt.com: **Wasserleitung zur Versorgung von Donezk soll Mitte Juli fertig sein**

Wie RIA Nowosti auf ihrem Telegram-Kanal [berichtet](#), soll der Bau einer Pipeline zur Wasserversorgung von Donezk am 15. Juli abgeschlossen sein. Dies habe das Bauministerium der Donezker Volksrepublik gegenüber RIA Nowosti mitgeteilt.

Nach Angaben von Sergei Bannikow, dem Leiter eines der russischen Bauteams, ist die Pipeline nun zu 95 Prozent fertig und wird eine Kapazität von etwa 70.000 Kubikmetern pro Tag haben.

Das Wasser soll hauptsächlich aus dem Chanschenkow-Wasserreservoir entnommen werden, das für mindestens drei Jahre ausreiche. Die Arbeiten hatten am 24. Mai dieses Jahres begonnen.

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Kein Frieden erwünscht: Grüne kritisieren Offenen Brief von Prominenten zum Ukraine-Krieg**

Mit Unverständnis haben die Grünen auf den jüngsten Brief deutscher Prominenter zum Krieg in der Ukraine reagiert. Der Co-Vorsitzende Omid Nouripour meint: "Wer Menschenleben schützen will, muss jetzt der Ukraine beistehen."

Der Co-Vorsitzende der Grünen Omid Nouripour gesteht den Verfassern eines offenen Briefes, der sich für Verhandlungen im Ukraine-Krieg einsetzt, zwar zu, "dass sie das Beste wollen", meint aber, ihm fehle das Verständnis für Leute, die der Meinung seien, den Menschen in der Ukraine sagen zu müssen, "ob ihr Kampf jetzt richtig ist oder nicht".

In dem Appell mit dem Titel "Waffenstillstand jetzt!", der am Mittwoch in der Wochenzeitung Die Zeit veröffentlicht worden war, hatten Persönlichkeiten wie der Philosoph Richard David Precht, Schriftstellerin Juli Zeh, Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar und General a.D. Erich Vad einen "konzertierten Vorstoß" für Verhandlungen gefordert.

Nouripour sagte, dieser Aufruf stamme von Menschen, die "bequem auf der Couch sitzend" wohl angesichts der verstörenden Bilder aus der Ukraine die Geduld verloren und daher beschlossen hätten, "dass es jetzt mal genug ist und dass es jetzt mal aufhören muss" mit dem Krieg. Da aber niemand sagen könne, ob nicht womöglich der nächste Krieg drohe, falls die

Ukrainer die Waffen strecken sollten, sei es auch friedenspolitisch unlauter, einfach zu sagen, "wir ducken uns weg".

In dem veröffentlichten Brief hieß es, Europa stehe vor der Aufgabe, den Frieden auf dem Kontinent wiederherzustellen und langfristig zu sichern. Hierzu bedürfe es der Entwicklung einer Strategie zur möglichst raschen Beendigung des Krieges. Bereits im April hatten Prominente einen Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz verfasst. Darin wurde der SPD-Politiker aufgefordert, nicht noch mehr schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Damals initiierte die Feministin Alice Schwarzer den Brief, der von 28 Erstunterzeichnern unterstützt wurde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c33a3148fbef3bf02816b0.jpg>

7:00 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrates: Werden Ziele der Sonderoperation in der Ukraine trotz Waffenlieferungen des Westens erreichen**

Die Ziele der russischen Sonderoperation werden trotz der militärischen Unterstützung der Ukraine durch die USA und weitere westliche Länder erreicht. Das verkündete der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew.

Ziel der Sonderoperation sei es, die Bevölkerung vor dem Völkermord durch das ukrainische Neonazi-Regime zu schützen, das ukrainische Territorium zu entmilitarisieren und entnazifizieren und damit den in der ukrainischen Verfassung verankerten neutralen Status des Landes zu erreichen, so Patruschew.

Er erklärte, dass Russland die Militäroperation einleiten musste, da "die Ausbreitung des Neonazismus in der Ukraine, das Betreiben von Biolabors, die am militärischen und biologischen Programm der USA beteiligt sind, sowie die von den Kiewer Behörden angekündigten Pläne zur Herstellung von Atomwaffen und zum NATO-Beitritt nicht nur für Russland, sondern auch für die Welt eine erhebliche Sicherheitsbedrohung darstellen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3ba8c48fbef410507cffb.jpg>

7:35 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Ortschaft Krasny Partisan in der Donezker Volksrepublik

Das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der Donezker Volksrepublik meldet, dass ukrainische Truppen das Dorf Krasny Partisan beschossen haben. Dabei seien zwei Frauen verwundet wurden, meldet [RIA Nowosti](#).

7:59 de.rt.com: Eingeständnis aus Kiew: Ukrainische Flagge nur aus der Luft über Schlangeninsel abgeworfen

Vier Tage nach Kiews Triumph über eine vermeintliche "Wiederinbesitznahme" der Schlangeninsel musste das ukrainische Verteidigungsministerium einräumen, dass keine Rede davon sein könne, die eigene Flagge auf dem Eiland gehisst zu haben.

Mit großem Pomp hatte Kiew erst vor wenigen Tagen den Rückzug der russischen Truppen von der Schlangeninsel vor dem Donaudelta [gefeiert](#) und davon berichtet, dass die ukrainische Flagge erneut über der Insel wehen würde.

Doch drei Tage später stellt sich der Ablauf ganz anders dar – und zwar nach offiziellen Verlautbarungen aus Kiew.

Wie RIA Nowosti und TASS [melden](#), hat das ukrainische Verteidigungsministerium zugegeben, dass die ukrainische Flagge nicht auf der Schlangeninsel gehisst, sondern bloß von einem Hubschrauber aus der Luft abgeworfen worden war. Natalja Gumenjuk, die Leiterin des Pressezentums der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte des Einsatzkommandos Süd des ukrainischen Verteidigungsministeriums, habe dies eingestanden.

Am Donnerstag vergangener Woche hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass Russland seine Truppen als Geste des guten Willens von der Schlangeninsel abgezogen habe. Nach Angaben des Ministeriums wolle Moskau auf diese Weise zeigen, dass es die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Einrichtung eines humanitären Korridors für den Abtransport landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem ukrainischen Staatsgebiet nicht behindere.

Kiew feierte den Abzug der russischen Truppen ausgiebig und reklamierte die Insel für sich. Dem Sender CNN erklärte Gumenjuk:

"Die Flagge wurde mit einem Hubschrauber auf die Insel gebracht. Sie wird warten, bis die

Truppen eintreffen, und dann wird sie wieder wehen."

In Bezug auf ihre Worte, dass die ukrainische Flagge auf der Schlangeninsel gehisst worden sei, forderte Gumenjuk, diesen Ausdruck "metaphorisch" zu verstehen:

"Niemand ist auf der Insel gelandet. Wer wird die Flagge also aufheben?"

Gumenjuk begründete diese mangels militärischer Kapazitäten lediglich propagandistische Aktion kurz und knapp:

"Und niemand wird Menschen für Medienfotos in Gefahr bringen."

Am 1. Juli hatte Alexej Tschernjak, ein Duma-Abgeordneter aus der Region Krim, gegenüber RIA Nowosti erklärt, dass die Schlangeninsel ungeachtet des Abzugs der russischen Truppen unter der Kontrolle der russischen Marine und Luftwaffe bleiben werde.

Versuche Kiews, die Schlangeninsel zurückzuerobern, sind wiederholt unter hohen Verlusten der ukrainischen Armee gescheitert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c357d048fbef3d14339a38.jpg>

Die Schlangeninsel im Schwarzen Meer in einer Satellitenaufnahme vom 17. Juni 2022

8:05 de.rt.com: **Journalisten in Donezker Volksrepublik unter Beschuss**

Journalisten des russischen Fernsehsenders NTV sind in der Volksrepublik Donezk unter Beschuss geraten. Das russische Untersuchungskomitee will alle Umstände des Vorfalls aufklären.

Wie NTV auf Telegram berichtete, war ein Kamerateam des Senders nahe der Stadt Slawjansk unter Mörserbeschuss durch ukrainische Streitkräfte geraten. Ein Kameramann sei hierbei verletzt worden, hieß es. Aus einer entsprechenden Erklärung geht hervor:

"Die Ermittler des russischen Ermittlungskomitees werden die Handlungen aller an der Begehung dieses Verbrechens beteiligten Personen juristisch bewerten."

Nach Angaben des Untersuchungskomitees habe der Kameramann trotz seiner Verletzung weiter gefilmt, um das Geschehen während des Beschusses festzuhalten. Die Behörde merkte an:

"Das erwähnte Videomaterial war eine weitere Bestätigung über die illegalen Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3bc1eb480cc031a35fec4.jpg>

8:30 de.rt.com: **Japan verlängert Individual- und Exportsanktionen gegen Russland und Weißrussland**

Im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine hat die japanische Regierung die Einzel- und Exportsanktionen gegen Russland und Weißrussland erweitert. Einem [Bericht](#) zufolge, den das japanische Finanzministerium am Dienstag auf seiner Webseite veröffentlicht hat, wurde gegen 90 Unternehmen ein Ausfuhrverbot verhängt. Darüber hinaus habe man beschlossen, die Vermögenswerte von 57 Einzelpersonen und sechs Organisationen aus Russland sowie von fünf weiteren Personen einzufrieren, die "der Destabilisierung der Lage in der Ukraine beschuldigt werden".

Japan hat wegen der Lage in der Ukraine bereits mehrere Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Auf den Sanktionslisten stehen bereits mehr als 800 Bürger aus Russland, Weißrussland, der LVR und der DVR sowie mehr als 250 russische Unternehmen und Organisationen.

Die Liste der für die Ausfuhr verbotenen Güter und Technologien umfasst über 300 Güter, darunter Halbleiter, Sicherheitsausrüstung für den See- und Luftverkehr, Telekommunikationsausrüstung, militärische Produkte einschließlich Waffen, Software und Ölraffinerieausrüstung. Darüber hinaus besteht ein Verbot für die Lieferung von Luxusgütern nach Russland einschließlich Autos mit einem Verkaufspreis von mehr als sechs Millionen Yen (ungefähr 42.200 Euro).

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 5.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben ukrainische Nationalisten eine Rakete mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Stachanow abgefeuert.

Technische Einheiten der Volksmiliz der LVR haben mit der Minenräumung in den Städten Lissitschansk und Sewerodonezk sowie den umliegenden Ortschaften begonnen.

In den letzten 24 Stunden haben Pioniere der Volksmiliz der LVR mehr als 2 Hektar Gebiet von explosiven Objekten, die von den ukrainischen Nationalisten zurückgelassen worden waren, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik. So haben Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens. Donbass“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR warme Mahlzeiten für Einwohner des befreiten Rubeshnoje geliefert.

8:55 de.rt.com: **Russischer Untersuchungsausschuss fordert von Russischer Nationalgarde Daten über Arbeit der OSZE im Interesse der Ukraine**

Ermittler des russischen Untersuchungsausschusses haben von der Russischen Nationalgarde Daten angefordert, die die Arbeit von OSZE-Beobachtern im Interesse der ukrainischen Sonderdienste beweisen sollen. Das teilte der Untersuchungsausschuss laut [RIA Nowosti](https://ria.ru/) mit. Zuvor hatte die Nationalgarde berichtet, dass ihre Spezialkräfte im Haus des ehemaligen SBU-Chefs im Gebiet Cherson, General Wjatscheslaw Sawtschenko, Dokumente der internationalen OSZE-Beobachtungsmission gefunden hätten, die auf eine Zusammenarbeit mit den ukrainischen Spezialdiensten hinweisen. Außerdem wurde ein handschriftliches Schema der Einsatzorte der russischen Streitkräfte auf der Krim, in den Gebieten Rostow, Smolensk, Belgorod und Woronesch beschlagnahmt. Das Ermittlungskomitee teilte in einer Erklärung auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Die Ermittler des russischen Ermittlungskomitees werden von der Russischen Nationalgarde Informationen anfordern, die die Arbeit der OSZE-Beobachter im Interesse der ukrainischen Sonderdienste bestätigen."

"Beamte des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation werden eine strafrechtliche Untersuchung dieser Tatsachen und der Handlungen der an den illegalen nachrichtendienstlichen Aktivitäten beteiligten Personen durchführen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3c22f48fbef410507d000.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 700 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **32 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt, 4 Zivilisten starben**. 43 Wohnhäuser und 20 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch

ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Uragan“, 3 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 5 Lastwagen und mehr als 60 Mann. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka, Newelskoje und Shelannoje wurden beseitigt.

9:40 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik meldet Beschuss der Stadt Jasinowataja durch ukrainische Streitkräfte**

Die ukrainischen Truppen haben am Dienstag die Stadt Jasinowataja in der Donezker Volksrepublik (DVR) mit Mehrfachraketenwerfern vom Typ Grad beschossen. Dies teilte die DVR-Vertretung dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit.

10:05 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk mit NATO-Kaliber-Geschossen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Morgen des 5. Juli die Ortschaft Nowosjolowka und drei Stadtteile von Donezk mit Geschossen und Granaten des NATO-Kalibers beschossen. Das teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut RIA Nowosti mit.

Nach Angaben des Telegram-Kanals der Vertretung wurde Nowosjolowka um 7.35 Uhr Moskauer Zeit mit vier 120-Millimeter-Granatenwerfern beschossen.

Um 7.55 Uhr wurden fünf 155-Millimeter-Granaten auf den Bezirk Kuibyschewski der DVR-Hauptstadt abgefeuert. Um 8.20 Uhr wurde die gleiche Menge Munition auf den Bezirk Petrowski, und um 8.10 Uhr und 8.40 Uhr jeweils zehn solcher Granaten auf den Bezirk Kiewski abgefeuert.

Artillerie des Kalibers 155 Millimeter wird von NATO-Ländern eingesetzt. Die USA, Kanada und Australien haben Kiew Dutzende von Langstreckenhaubitzen des Typs M777 und entsprechende Munition geliefert. Die ukrainischen Streitkräfte haben sie wiederholt eingesetzt, um Städte im Donbass zu beschießen und dabei Zivilisten zu töten.

Anzumerken ist, dass die Ukraine auch ein einziges Exemplar der Bogdan-Radselbstfahrlafette für dieses Kaliber hergestellt hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3e3b4b480cc655e2f1a3c.jpg>

Schrapnell einer 155-Millimeter-Granate, das nach dem Beschuss eines Wohngebiets in Donezk durch die ukrainischen Streitkräfte in der Nähe eines Wohnhauses gefunden wurde

10:35 de.rt.com: **Neue Regierung im Gebiet Cherson nimmt Arbeit auf**

Das Gebiet Cherson soll nach russischem Vorbild regiert werden. Mit diesem Ziel wurde im Gebiet eine neue Regierung gebildet, die am Dienstag ihre Arbeit aufnehmen soll, teilte die zivil-militärische Verwaltung des Gebiets laut [RIA Nowosti](#) mit.

Sergei Elisejew, der zuvor als erster stellvertretender Regierungschef des Kaliningrader Gebiets tätig war, wurde Berichten zufolge zum Leiter der Militär- und Zivilverwaltung in Cherson ernannt.

10:44 de.rt.com: **Eskalation an Grenze zur Türkei: Russland verlegt**

Fallschirmjägereinheiten in Nordostsyrien

Russland soll mehr als 300 Fallschirmjäger in Nordostsyrien verlegt haben. Das Ziel dieser Aktion besteht darin, der Bedrohung durch von der Türkei unterstützte, bewaffnete islamistische Gruppierungen entgegenzuwirken, die in letzter Zeit ihre Angriffe auf Stellungen der syrischen Regierung intensiviert haben.

Am vergangenen Sonntag sollen laut russischen [Medien](#) mehr als 300 Fallschirmjäger aus Russland mit voller Munition in der Stadt [Qamischli](#) gelandet sein. Diese Siedlung liegt im Nordosten der Arabischen Republik Syrien, nahe der Grenze zur Türkei. Militärexperten sehen das Ziel dieser Aktion darin, der Bedrohung durch von der Türkei unterstützte, bewaffnete islamistische Gruppierungen entgegenzuwirken, die in letzter Zeit ihre Angriffe auf Stellungen der syrischen Regierung intensiviert haben.

Bereits im Mai verlegte Russland im Rahmen einer Operation zur Verstärkung seiner Militärpräsenz im Nordosten Syriens Militärhilfe nach Qamischli, darunter Kampfflugzeuge und Hubschrauber.

Die Türkei gab kürzlich ihren wochenlangen Widerstand gegen die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO nach zähen Verhandlungen auf dem NATO-Gipfel in Madrid auf. Die Türkei, Schweden und Finnland unterzeichneten eine Absichtserklärung, die auf die türkischen Sicherheitsbedenken eingeht. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan liebäugelt längst mit einer vierten Invasion der türkischen Armee in Syrien. Nun dürfte die Türkei die errungene Absichtserklärung auch so interpretieren, dass der Westen den geplanten neuen Einmarsch der türkischen Armee in Syrien tolerieren wird, obwohl Russland und Iran als Verbündete der syrischen Regierung die Türkei bereits vor einer weiteren Militäroperation in Syrien gewarnt hatten.

Die Türkei hatte Anfang Juni eine neue Militäroperation in Nordsyrien angekündigt. Laut Erdoğan geht es darum, die Kontrolle über die Städte Tall, Rifaat und Manbidsch zu übernehmen. Syrien betrachtet seinerseits das türkische Vorgehen als Verletzung der syrischen Souveränität. Inzwischen arbeitet die Türkei intensiv daran, Fakten zu schaffen, auch indem die Regierung in Ankara angekündigt hat, in den von der Türkei besetzten Gebieten in Nordsyrien bis zum Jahresende 240.000 Wohnungen für syrische Flüchtlinge errichten zu wollen. Diese sollen dann – angeblich freiwillig – in ihr Heimatland zurückkehren können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3f0f448fbef3c5870d578.jpg>

11:05 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt Siedlungen im Gebiet Kursk**

Ukrainische Streitkräfte haben erneut Grenzsiedlungen des Kreises Gluschkowski im russischen Gebiet Kursk beschossen. Das teilte wie der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit mit. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Der heutige Morgen begann wieder mit Artilleriebeschuss der Grenzsiedlungen des Bezirks Gluschkowski. Im Dorf Markovo wurden Einschläge registriert, auch im Dorf Tjotkino explodieren wieder Granaten. Der Beschuss geht weiter, alle Details später."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/c7gXKbXSF14vzZ9wj6DUICm4Lqo4A0RdzEs0Hv60U7PqaKD7c3pHNJakkPBqR_O1G0JIsHY0h7guiTr45pS8jaFt2u1XTzsAg8-kE0VVFWO9gK_qR_1YvkSvsL3INDKtGxcDd1FrJQReIAIOkOtFnEP5QkWB3VZ5PXXKahT9qJ-0D5rRCVPfrAo8qFwwJmZfTgR4cGRPl0fvVJT6Tw5k9JC_F09xrNLH7CMZmabK9IWOWLjoWk7gaYkjjGyV6hZVMLPzES7HR34T0zFmfSzPPxIYAriEutopVz2XkVwEnrvuWAwtzPz_rb2iwglz79GNwXP9Ua4y-sy0QXkC4e4hB4g.jpg

11:40 de.rt.com: **Chef der Militär- und Zivilverwaltung Saporoschje: Keine Rückkehr zur Ukraine**

Die Behörden des befreiten Teils des Gebiets Saporoschje sehen keine Möglichkeit, dass das Gebiet wieder Teil der Ukraine wird. Sie wollen der Bevölkerung ein friedliches Leben unter den Bedingungen des Aufbaus eines gerechten Staatswesens ermöglichen. Das verkündete der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Saporoschje Ewgeni Balizki in einem Interview mit der Nachrichtenagentur [TASS](#).

"Eine Rückkehr zur Ukraine kann es nicht mehr geben. Nun sind hier russische Flaggen, russische Pässe, die russische Ideologie und unsere Philosophie präsent – die Philosophie der

Menschlichkeit, nicht die bestialische, faschistische Haltung, die hier herrschte, als man einen Mann mit einem Stock schlagen und ihm alles wegnehmen konnte."

"Diejenigen, die nicht zu einem friedlichen Leben zurückkehren wollen, werden das Gebiet verlassen müssen. An diejenigen, die der faschistischen Ideologie anhängen: Bitte gehen Sie in den Westen. Oder sie haben die zweite Option: Lernen Sie, in einem friedlichen Staat zu leben und zu arbeiten, einem Staat, in dem die Grundsätze der Gerechtigkeit eingehalten werden."

Als Beispiel für die Rückkehr der von der Ukraine abtrünnigen Gebiete zu einem friedlichen Leben nannte der Chef der Militär- und Zivilverwaltung die Krim. Die Menschen auf der Halbinsel spürten den Unterschied zwischen dem Kiewer Regime und der gerechten Staatlichkeit, die durch die Zugehörigkeit zur Russischen Föderation entstanden sei.

"Die Ukraine ist kein Territorium, sie ist ein Volk, und sie wird die Krankheit loswerden, mit der der Westen sie infiziert hat. Wie können Sie, anstatt sich mit der Wirtschaft und der Zukunft Ihrer Kinder zu befassen, Straßen umbenennen und faschistische Parolen schreien? Heute geht es vor allem darum, faire Preise für Wohnungen und Versorgungsleistungen zu schaffen, die Voraussetzungen für die Bildung der Kinder zu schaffen, die Medizinversorgung wiederherzustellen und menschliche Lebensbedingungen zu schaffen, die nicht mehr so sind wie früher. Und wir werden es tun."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3de16b480cc62833bccf3.jpg>

Der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Saporoschje Ewgeni Balizki und Galina Daniltschenko, amtierende Bürgermeisterin von Melitopol (zweite von links), während einer Zeremonie bei der Ausstellung russischer Pässe an Einwohner Melitopols

nachmittags:

12:19 de.rt.com: **Bericht: Deutsche Banken bereiten sich auf Insolvenzwelle wegen möglicher Energiekrise vor**

Deutsche Banken befürchten laut mehreren Vertretern der Branche eine massive Insolvenzwelle, falls Russland die Erdgaslieferungen stoppen sollte. Um diese zu bewältigen, müssten die Banken zusätzliche Mittel beiseitelegen.

Banken in Deutschland müssten zusätzliche Mittel beiseitelegen, um einen möglichen Anstieg der Zahlungsausfälle bewältigen zu können, wenn Russland die Erdgaslieferungen unterbricht. Das haben mehrere hochrangige Vertreter der Bankbranche gegenüber der Wirtschaftsagentur Bloomberg erklärt.

Im Falle einer vollständigen Unterbrechung der russischen Gaslieferungen würde die größte europäische Volkswirtschaft in eine Rezession fallen, und die Kreditgeber müssten ihre Unternehmenskredite mit mehr Kapital aufstocken, so Lutz Diederichs, Deutschland-Chef von BNP Paribas. Er griff damit ähnliche Äußerungen von Commerzbank-Finanzchefin Bettina Orlopp auf, die am Wochenende in einem Interview mit der Wochenzeitung Focus Money veröffentlicht wurden.

Berichten zufolge sind die hochrangigen Vertreter der Finanzindustrie besorgt über die geplanten Wartungsarbeiten an der Nord Stream-Pipeline, der wichtigsten Gasroute zwischen Deutschland und Russland, nachdem mehrere EU-Beamte Zweifel an der möglichen Wiederaufnahme der Lieferungen geäußert hatten.

Wie der Betreiber letzte Woche mitteilte, werden beide Stränge der Pipeline vom 11. bis 21. Juli für planmäßige jährliche Reparaturarbeiten außer Betrieb gesetzt.

Die finanziellen Vorsichtsmaßnahmen, die die deutschen Kreditgeber angesichts möglicher wirtschaftlicher Folgen des derzeitigen Sanktionskrieges zwischen Russland und dem Westen ergriffen haben, waren bisher geringer als die großen Reserven, die sie auf dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie gehortet hatten.

Deutschland ist in hohem Maße von kontinuierlichen Energieimporten aus Russland abhängig und ein vollständiger Verlust des Zugangs zu diesen Lieferungen würde die Wirtschaft des Landes hart treffen.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Christian Sewing, sagte, ein solches Ereignis würde "eine tiefe Rezession" auslösen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3fa63b480cc53005855e8.jpeg>

12:25 de.rt.com: **Donezk: Zivilistin durch ukrainischen Beschuss getötet**

Eine Zivilistin ist durch den Beschuss von Donezk durch ukrainische Truppen ums Leben gekommen. Das teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum mit. Sie schrieb in ihrem Telegram-Kanal:

"Die Einsatzleitung der Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum erhielt Informationen über zivile Opfer infolge des Beschusses durch ukrainische bewaffnete Formationen im Kiewski Bezirk der Stadt Donezk. Eine Frau, Jahrgang 1980, wurde getötet."

Zuvor meldete die Hauptstadt der Republik den Beschuss ihrer Stadtteile Kuibyschewski und Kiewski.

13:30 (12:30) deu.belta.by: **Lukaschenko: Belarus wird kein Getreide exportieren**

Belarus wird kein Getreide exportieren. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute in der Besprechung mit der Leitung des Ministerrates und Gebietsgouverneuren.

Das Staatsoberhaupt sagte, das Landwirtschaftsjahr 2022 werde erfolgreich sein. „Das Jahr ist nicht schlecht. In Russland wird eine gute Ernte eingefahren, auch in der Ukraine werden kein

schlechten Ernteerträge erwartet. Wenn wir nicht nachlässig sind, werden wir so viel Getreide einfahren, wie Menschen und Tiere brauchen. Natürlich werden wir weder Weizen noch andere Feldfrüchte exportieren. Das könnten wir aber. Mit Ausnahme von Industriepflanzen wie Raps, Flachs. Kartoffeln haben wir auch genug“, sagte er.

„Wir werden kein Getreide exportieren. Wir müssen alles für die Viehzucht verbrauchen, um Fleisch und Milch zu produzieren“, fügte Alexander Lukaschenko hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1657017059_61166_big.jpg

12:45 de.rt.com: **In Asowstal gefangengenommener Schwede weist Vorwürfe der Beteiligung an Militäraktionen zurück**

Ein schwedischer Staatsangehöriger, der sich im Stahlwerk Asowstal in Mariupol ergeben hatte, hat den Vorwurf zurückgewiesen, als Söldner an Kampfhandlungen in der Donezker Volksrepublik teilgenommen zu haben. Dies teilte der Nachrichtenagentur TASS eine Quelle in den Machtstrukturen der DVR mit.

Eine TASS-Quelle hatte zuvor berichtet, dass ein Strafverfahren gegen den schwedischen Staatsangehörigen eingeleitet und Anklage nach Artikel 430 des DVR-Strafgesetzbuches (Söldnertum) erhoben wurde. Der Nachrichtenagentur liegen keine offiziellen Kommentare der Strafverfolgungsbehörden vor.

pravda dnr (Telegram-Kanal der Informationsministeriums der DVR): Für die Einwohner von Mariupol ist der Wiederaufbau des Wohnraums durch russische Vertragsunternehmen kostenlos. In der Stadt arbeitet bereits eine große Zahl russischen Bauunternehmen, erklärte der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Dmitrij Chadshinow.

„In den Häusern, die zu weniger als 30 Prozent zerstört wurden, sind die Auftragsunternehmen verpflichtet, den Heizkreislauf und die Isolierung wiederherzustellen, beschädigte Dächer, Türen und interne Leitungen zu ersetzen. Für die Reparatur der Balkone gibt es noch keine Pläne. Dazu wird für das nächste Jahr ein Programm ausgearbeitet, um ein Gesamtbild der Häuser zu schaffen“, erklärte Chadshinow bei einem Treffen mit Einwohnern des Showtnewyj-Bezirks von Mariupol.

12:47 de.rt.com: **Lawrow: Russland wünscht sich ein Ende des "Krieges gegen Journalisten"**

Dem Westen wird es kaum gelingen, ohne Gesichtsverlust mit den Repressalien gegen die Medien aufzuhören, so der russische Außenminister Lawrow. Russland sei jedoch daran interessiert, den "Krieg gegen Journalisten" beendet zu sehen.

Russland ist an einer Beendigung des von westlichen Ländern geführten Krieges gegen Journalisten interessiert, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Montag. Laut

der Nachrichtenagentur TASS erklärte er auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem venezolanischen Außenminister Carlos Faria:

"Nicht wir haben diesen Krieg gegen Journalisten begonnen. Wir sind an einer Beendigung des Konflikts interessiert. Ich sehe jedoch nicht, wie der Westen seinen Unfug beenden kann, denn er ist zu weit gegangen und kann jetzt nicht aufhören, ohne sein Gesicht zu verlieren."

Wie TASS berichtet, betonte der russische Außenminister, die rüpelhafte Behandlung russischer Journalisten in den USA, der EU und der Ukraine habe ein solches Ausmaß erreicht, dass sie nicht länger toleriert werden könne.

"Um es milde auszudrücken: Der Westen hat aufgehört, das internationale Recht zu beachten. Er verletzt es ständig und hat seine eigenen Regeln erfunden. Die Regeln besagen, dass die Europäische Union selbst entscheidet, was Informationsfreiheit und was Propaganda ist", sagte Lawrow.

Er erinnerte diesbezüglich daran, dass der französische Präsident Emmanuel Macron auf die Frage, warum RT und Sputnik im Élysée-Palast nicht akkreditiert seien, geantwortet hatte:

"Dies sind keine Medien, sondern Propagandainstrumente."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3fedeb480cc53005855f1.jpg>

12:50 de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister: 170 ausländische Söldner in letzten zehn Tagen eliminiert**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat verkündet, dass in den vergangenen zehn Tagen 170 ausländische Söldner in der Ukraine eliminiert worden seien. Während einer thematischen Sitzung sagte er:

"In den letzten zehn Tagen wurden 170 Söldner vernichtet, 99 haben die Teilnahme an Kampfhandlungen verweigert und das Gebiet der Ukraine verlassen."

Nach Schoigus Einschätzung sei durch die erfolgreichen russischen Offensiven ein Rückgang der in der Ukraine kämpfenden ausländischen Söldner zu verzeichnen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c4179348fbef1b8606b18d.jpg>

14:01 (13:01) novorosinform.org: **In Jasinowataja sind fast alle sozialen Einrichtungen beschädigt – Bürgermeister**

Fast alle sozialen Einrichtungen in Jasinowataja wurden während des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine beschädigt. Dies teilte der Bürgermeister der Stadt Dmitri Schewtschenko mit.

"Praktisch gibt es keine einzige soziale Einrichtung, die nicht irgendeine Art von Schaden erlitten hat. Fast alles wird beschossen: Straßen, Verbindungen", sagte er in der Sendung des „Perwy Kanal“.

Laut Schewtschenko wurden innerhalb von zwei Wochen mindestens 29 Zivilisten verletzt und die Beschussituation bleibe schlimm.

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR griffen ukrainische Kräfte am 5. Juli von Positionen in Awdejewka aus die Wohngebiete von Jasinowataja an. Der Feind setzte MLRS BM-21 Grad-Raketen ein. Privathäuser, soziale Einrichtungen und Geschäftsräume standen unter feindlichem Beschuss. 2 Personen wurden verletzt.



https://novorosinform.org/content/images/82/88/48288_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **Medienbericht: Zweiter französischer Söldner in der Ukraine gefallen**

Nach Angaben des französischen Radiosenders RTL ist der Söldner Adrien D. als zweiter französischer Staatsangehöriger in der Ukraine gefallen. Der 20-Jährige soll am 25. Juni seinen Verletzungen, die er bei einem russischen Artillerieangriff nahe Charkow erhalten hatte, erlegen sein.

Am 2. Juni hatte die französische Radiostation Europe 1 den Tod des ersten französischen

Söldners in der Ukraine gemeldet. Es handelte sich dabei um den 32-jährigen Wilfried Blériot, der nach Angaben der Zeitung Libération Verbindungen zum rechtsextremen Milieu Frankreichs hatte. Blériot starb beim gleichen Artillerieangriff, bei dem Adrien D. verwundet wurde. Die Gesamtanzahl der französischen Söldner in der Ukraine wird auf etwa 50 Personen geschätzt.

Zuvor hatte Russlands Verteidigungsministerium über seinen Pressesprecher Generalleutnant Igor Konaschenkow verkündet, dass ausländische Söldner in der Ukraine nicht als Kombattanten betrachtet werden und "bestenfalls mit einer langen Gefängnisstrafe rechnen müssen".

14:25 (13:25) **novorosinform.org: Truppen der LDVR werden in Richtung Donezk eingesetzt – Puschilin**

Der Saatschef der DVR, Denis Puschilin, erklärte, dass sich die Kräfte der Volksrepubliken nach der Befreiung der LVR in Richtung Donezk bewegen.

"Unser erstes Korps, das [an der Befreiung von Lugansk] teilgenommen und unseren Brüdern geholfen hat, bewegt sich bereits in Richtung Donezk. Das gilt auch für das zweite Korps, das Korps von Lugansk. Wir sind zusammen mit Lugansk geboren und befreien gemeinsam unsere Territorien.", sagte Puschilin.

Er fügte hinzu, dass die russische Armee die Befreiung der Gebiete maßgeblich unterstütze. Puschilin betonte, dass die Befreiung der besetzten Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ohne die russischen Streitkräfte unmöglich gewesen wäre.

Das Oberhaupt der DVR sagte auch, dass die Situation in der Republik aufgrund des Beschusses durch ukrainisches Militär nach wie vor schwierig sei.

„Der Feind versteht die ganze Perspektive, der er jetzt gegenübersteht. Und er versucht, so viel Schaden wie möglich anzurichten, auch in Donezk, um die Wiederherstellung schwieriger und teurer zu machen“, zitierte RIA Nowosti Puschilin.



https://novorosinform.org/content/images/82/90/48290_720x405.jpg

13:35 de.rt.com: **Russische Luftwaffe beschießt Stellung von Söldnergruppen im Gebiet Nikolajew**

In den vergangenen 24 Stunden hat die russische Luftwaffe mithilfe von Präzisionswaffen mit großer Reichweite eine vorübergehende Stellung ausländischer Söldner in der Nähe des Dorfes Liman im Gebiet Nikolajew sowie zwei ukrainische Kontrollpunkte in der Volksrepublik Donezk und vier Munitionsdepots im Gebiet Charkow zerstört, teilte das russische Verteidigungsministerium laut [RIA Nowosti](#) am Dienstag mit.

Darüber hinaus seien bis zu 150 ukrainische Soldaten und zwölf Einheiten Kriegsgerät der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Charkow zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c3fb6048fbef3bf02816f9.jpg>
 Russische Su-25-Flugzeuge, die an der militärischen Sonderoperation beteiligt sind

14:54 (13:54) novorosinform.org: **In Montenegro werden Unterschriften für die Aufhebung antirussischer Sanktionen gesammelt**

Mirko Rmandic, ein Mitglied des Lenkungsausschusses der montenegrinischen Svetosava-Partei, sagte, dass die Bürger in Montenegro bereits 6.000 Unterschriften gesammelt hätten, die die Aufhebung der antirussischen Sanktionen fordern, schreibt TASS.

Der Politiker sagte, Russland sei die einzige Großmacht der Welt, die Serbien und Montenegro immer positiv gegenübergestanden habe, und die Bevölkerung dieser beiden Länder sei durch die Geschichte und die Verbündeten untrennbar mit Russland verbunden. Die Sammlung werde bis September andauern, um jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, Liebe und Engagement für das „brüderliche Russland“ auszudrücken.

Rmandic erklärte, dass die Verhängung von Sanktionen gegen Russland ohne parlamentarische Diskussion stattgefunden habe und gegen das Völkerrecht verstoße, da es gegen Paragraph 41 der UN-Charta verstoße.

„Montenegro weiß ganz genau, was illegale Sanktionen sind, wir haben es selbst erlebt“, sagte der Politiker.

13:55 de.rt.com: **Aus ukrainischer Gefangenschaft befreite Russen berichten von mehrfacher Folter**

Russische Soldaten, die aus der Gefangenschaft in der Ukraine befreit wurden, haben zahlreiche Fälle von Gewalt gegen sie beschrieben. Dies teilte der Pressedienst des Untersuchungsausschusses am Dienstag Journalisten mit. In der Erklärung heißt es laut TASS: "Der Untersuchungsausschuss prüft die Fakten über die unmenschliche Behandlung russischer Kriegsgefangener in der Ukraine. Die russischen Soldaten, die im Rahmen eines Gefangenenaustauschs mit der ukrainischen Seite auf das Territorium der Russischen Föderation zurückkehrten, berichteten Mitarbeitern des russischen Ermittlungskomitees von zahlreichen Gewalttaten, denen sie ausgesetzt waren."

13:56 de.rt.com: **Japan fürchtet um seine Gasversorgung nach Putins Erlass über "Sachalin-2"**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am 30. Juni einen Erlass unterzeichnet, der das Schicksal eines bisherigen großen russisch-japanischen Investitionsprojektes zur Gasförderung vor der Insel Sachalin regelt. Die Politiker in Japan, die eben noch mit Drohungen gegen Russland auftraten, sorgen sich nun um die Belieferung des eigenen Landes mit russischem Erdgas.

Japan bittet Russland um eine Erklärung des "Sachalin-2"-Erlasses, den Wladimir Putin am

30. Juni unterzeichnet hat. Dies sagte am Dienstag der amtierende Außenminister Japans Yoshimasa Hayashi auf einer Pressekonferenz in Tokio.

Der Erlass des russischen Präsidenten von 30. Juni betrifft die gemeinsame Erschließung von zwei Erdgasvorkommen im Nordosten des Kontinentalschelfs in der Nähe der russischen Insel Sachalin, die unter dem Projektnamen "Sachalin-2" zusammengefasst sind. Für die Erschließung der Vorkommen und die anschließende Förderung von Erdgas über drei schwimmende Plattformen hatten Russland, Japan und der transnationale Konzern Shell das gemeinsame Unternehmen [Sakhalin Energy](#) gegründet, an dem Gazprom mit 50 Prozent, Shell mit 27,5 Prozent, Mitsui & Co. Ltd. mit 12,5 Prozent sowie die Mitsubishi Corporation mit 10 Prozent beteiligt waren.

Ende Februar erklärte Shell, dass es alle gemeinsamen Projekte mit Gazprom abbricht und seine Beteiligungen an Joint Ventures aufgibt, was auch Sachalin-2 betraf. Die japanischen Partner hatten dagegen ihr Interesse bekundet, an dem Projekt festzuhalten.

In dem am 30. Juni unterzeichneten Erlass werden die Aktiva von Sakhalin Energy auf eine noch zu gründende russische Gesellschaft übertragen, die auch die Lizenz für die Erschließung der betroffenen Gasfelder erhalten wird. Das Vermögen der bisherigen Gesellschaft wird nationalisiert. Ob die japanischen Mitgesellschafter der Sakhalin Energy Anteile an der neuen Gesellschaft erhalten werden, steht noch nicht fest. Der Präsidentenerlass sieht vor, dass die ausländischen Eigentümer Anteile im Verhältnis zu ihren Anteilen an Sakhalin Energy erhalten können. Sie haben nach dem Wortlaut des Erlasses einen Monat Zeit, um der russischen Regierung mitzuteilen, dass sie der Übernahme der Anteile zugestimmt haben.

Hayashi erklärte auf der Pressekonferenz am Dienstagmorgen (Ortszeit):

"Was das Projekt Sachalin-2 betrifft, so ist es wichtig, eine stabile Energieversorgung für unser Land sicherzustellen. Der Erlass des russischen Präsidenten bedeutet nicht, dass die Energielieferungen aus Sachalin sofort eingestellt werden. Eine detaillierte Analyse der Informationen darüber, wie dieses Dekret die Rechte der japanischen Unternehmen respektiert und welche Auswirkungen es auf die LNG-Lieferungen nach Japan haben wird, ist jedoch derzeit im Gange."

Während eine offizielle Antwort auf die Fragen Japans noch aussteht, meldete sich kurze Zeit nach der Pressekonferenz in Tokio der russische Ex-Präsident und Stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew zu Wort. Um 11:12 Uhr Moskauer Zeit [schrieb](#) er in seinem offiziellen Telegram-Account, dass Japan weder Gas noch Öl aus Russland erhalten werde und auch die Beteiligung an Sachalin-2 nunmehr vergessen könne. Wörtlich schrieb Medwedew:

"Der japanische Premierminister Kishida hat vor Kurzem gesagt, dass eine Obergrenze für den russischen Ölpreis auf die Hälfte des derzeitigen Preises festgelegt werden soll. Darüber hinaus wird es einen Mechanismus geben, der verhindert, dass unser Öl zu einem höheren Preis als dem festgelegten gekauft wird.

Übersetzt aus dem Japanischen ins Russische bedeutet dies:

1. Es wird deutlich weniger Öl auf dem Markt sein und sein Preis wird viel höher sein. Über dem prognostizierten astronomischen Preis von 300 - 400 USD. Vergleichen Sie dies mit der Dynamik der Gaspreise.
2. Was Japan angeht, so wird es weder Öl noch Gas aus Russland erhalten. Auch eine Beteiligung am LNG-Projekt Sachalin-2 ist nicht mehr vorgesehen.

Arigato [Danke]!"

Ausgerechnet am Tag zuvor hat die auflagenstärkste japanische Tageszeitung Asahi Shimbun – auch für Japan – eine verheerende Bilanz der westlichen Sanktionen gegen Russland gezogen. Sie haben sich als ein Bumerang für die westlichen Länder erwiesen, indem sie zu einem starken Anstieg der Energie- und anderer Rohstoffpreise geführt haben. Das wiederum wirke sich in Form von Inflation auf die westlichen Länder aus, heißt es in dem Artikel.

"Russland ist neben den USA eine der wenigen Großmächte, die sich in der Regel mit allem Nötigen versorgen kann, so dass es schwierig ist, von Wirtschaftssanktionen eine kurzfristige Wirkung zu erwarten",

zitierte die Zeitung Yasuhiro Enomoto, den stellvertretenden Direktor des Marubeni-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Wenn man bedenkt, dass die russische Regierung (mit niemand anderem als Dmitri Medwedew an der Spitze) noch vor wenigen Jahren bereit war, Japan ein Kondominium an den südlichen Kurilen und weitreichende Ausbeutungsrechte im gesamten Fernen Osten des Landes einzuräumen, und damit die russischen "Patrioten" in helle Aufruhr versetzte, haben die Verhandlungskünste der japanischen Politiker das Land der aufgehenden Sonne heute wahrlich weit gebracht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c411e248fbef399f3a55e0.jpg>

Über dieses Terminal auf Sachalin wäre das Flüssiggas nach Japan gebracht worden.

14:03 de.rt.com: **Curevac verklagt BioNTech wegen Patentrechtsverletzung**

Das Tübinger Biotechnologieunternehmen Curevac reicht beim Landgericht Düsseldorf Klage gegen BioNTech ein. Curevac sieht seine Patente durch den Corona-Impfstoff des Mainzer Unternehmens verletzt, es geht womöglich um Milliardenbeträge.

Das Biotechnologie-Unternehmen Curevac reicht in Deutschland Klage gegen den Mainzer Impfstoff-Entwickler BioNTech und zwei Tochtergesellschaften des Unternehmens ein. Konkret geht es um Patentrechtsverletzungen in Bezug auf den Corona-Impfstoff Comirnaty von BioNTech und somit womöglich auch um Milliardenbeträge. In einer von Curevac veröffentlichten Pressemitteilung heißt es, man habe auf dem Gebiet der mRNA-Technologie mehr als zwei Jahrzehnte "Pionierarbeit" geleistet. Weiterhin gibt Curevac bekannt:

"CureVac hat beim Landgericht Düsseldorf Klage gegen die BioNTech SE und zwei ihrer Tochterunternehmen eingereicht und fordert eine faire Entschädigung für die Verletzung einer Reihe der geistigen Eigentumsrechte von CureVac wie EP 1 857 122 B1, DE 20 2015 009 961 U1, DE 20 2021 003 575 U1 und DE 20 2015 009 974 U1, die bei der Herstellung und dem Verkauf von Comirnaty, dem mRNA-COVID-19-Impfstoff von BioNTech und Pfizer, verwendet wurden."

Curevac fordere daher "eine faire Entschädigung" für die Verletzung einer Reihe seiner geistigen Eigentumsrechte, die bei der Herstellung und dem Verkauf des BioNTech/Pfizer-Impfstoffs verwendet worden sein sollen. Man strebe jedoch keine einstweilige Verfügung an und beabsichtige auch nicht, rechtliche Schritte einzuleiten, die die Produktion, den Verkauf oder den Vertrieb von Comirnaty durch BioNTech und seinen Partner Pfizer behindern könnten.

Von BioNTech war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten, auch das Landgericht wollte sich bisher nicht dazu äußern. Curevac erklärte, dem Unternehmen sei die angebliche Verletzung seiner Patente schon lange bekannt. Eine Sprecherin erklärte:

"Zum Höhepunkt der Pandemie wäre aber keinem von uns eingefallen, auf die Patentverletzung hinzuweisen. Jetzt, wo eine bessere Kontrolle über die Pandemie besteht, ist unserer Meinung nach der richtige Zeitpunkt dafür gekommen."

Die Tübinger Firma Curevac, deren Großinvestor unter anderem Dietmar Hopp ist, hatte zu Beginn der Corona-Krise die Entwicklung eines eigenen Corona-Impfstoffs angekündigt. Die Forschung wurde mit mehreren hundert Millionen Euro Steuergeldern gefördert, das Vakzin zeigte jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse, sodass die Entwicklung eingestellt wurde. BioNTech hingegen verdient mit seinem Corona-Vakzin Milliarden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c42be848fbef3bf0281735.jpg>

15:27 (14:27) novorosinform.org: **"Dein Kühlschrank ist Putins Freund!" Europäer werden aufgefordert, Haushaltsgeräte wegzuerwerfen**

Die Einwohner Europas sollten wegen des russischen Präsidenten alte Haushaltsgeräte aufgeben. Darüber schreibt Bloomberg.

„Ihr alter Kühlschrank ist ein Freund von Wladimir Putin. Werfen Sie ihn weg!“ - ruft der Autor des Materials auf.

Er erklärt, dass Energieeinsparungen in direktem Zusammenhang mit der Begrenzung des Erdgasverbrauchs ständen, da der größte Teil des Stroms in Europa durch die Verbrennung von Gas erzeugt werde. Eine so wichtige Ressource, glaubt der Beobachter, wird am besten bis zum Winter aufbewahrt, wenn sie zum Heizen von Häusern unerlässlich ist. Der Artikel konzentriert sich auf alte Haushaltsgeräte, die mehr Energie benötigen als neue.

Der Autor kommt daher zu dem Schluss, dass die Europäer durch den Kauf neuer Haushaltsgeräte die Abhängigkeit der EU von Moskau verringern könnten.



https://novorosinform.org/content/images/82/98/48298_720x405.jpg

14:34 de.rt.com: **Streik norwegische Erdgasarbeiter belastet Energiemärkte zusätzlich**
Russische Lieferungen waren aufgrund von Sanktionen, der mangelnden Bereitschaft einiger Länder, in Rubel zu zahlen, und des Wunsches der EU, sich von russischer Energie zu

trennen, auf ein Tief gesunken – jetzt kommt noch ein norwegischer Streik hinzu. Die norwegischen Öl- und Gasarbeiter des staatlichen Energiekonzerns Equinor sind in einen Streik getreten, nachdem sie Lohnerhöhungen gefordert hatten, um die steigende Inflation auszugleichen. Diese erreichte Anfang Mai 5,7 Prozent – ein Niveau, das seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht wurde.

"Der Streik hat begonnen", erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Audun Ingvartsen, nachdem eine Mehrheit der Mitglieder gegen eine von Norwegian Oil and Gas vorgeschlagene Lösung gestimmt hatte.

Bislang legten 74 Beschäftigte ihre Arbeit auf den Plattformen Gudrun, Oserbeg Aust und Sør nieder, die nun geschlossen werden müssen. Der Konflikt wird am Mittwoch eskalieren, wenn sich 117 Gewerkschaftsmitglieder von den Plattformen Aasta Hansteen, Heidrun und Kristin dem Streik anschließen werden, sodass diese Plattformen ebenfalls die Produktion einstellen müssen.

Sollte keine Lösung zwischen den Parteien gefunden werden, wird der Streik ab dem 9. Juli auch die Plattformen Gullfaks A, Gullfaks C und Sleipner betreffen, auf denen fast 400 Mitarbeiter beschäftigt sind.

"Dies ist ein umfassender Streik", sagte Elisabeth Brattebø Fenne, Leiterin der Abteilung Organisation und Arbeitsleben in der norwegischen Öl- und Gasindustrie, gegenüber dem staatlichen Rundfunk NRK.

Der Streik wird etwa 13 Prozent der gesamten norwegischen Gasproduktion betreffen, während die Ölproduktion um fast 7 Prozent zurückgehen wird.

Die norwegische Regierung hat in einer Erklärung mitgeteilt, dass sie den Konflikt aufmerksam verfolgt. Sie habe die Befugnis, den Streik unter außergewöhnlichen Umständen zu beenden.

Der Streik hat zu einer Zeit begonnen, in der die Öl- und Gaspreise hoch sind und die Erdgasversorgung in Europa aufgrund des Rückgangs der russischen Exporte bereits knapp ist. Dieser Rückgang wurde durch die massiven EU-Sanktionen einerseits und die Forderung Moskaus nach Zahlung in Rubel andererseits ausgelöst, die mehrere europäische Länder ignorieren. Darüber hinaus hat der russische Staatskonzern Gazprom die Lieferungen über seine größte Pipeline Nord Stream um 60 Prozent gekürzt und das mit der Unterbrechung der Wartung wichtiger Anlagen aufgrund internationaler Sanktionen begründet.

Da die russischen Lieferungen auf ein mehrjähriges Tief gefallen sind, werden Norwegens Exporte für Europa immer wichtiger. Im Jahr 2021 deckte Norwegen ein Viertel des Gasbedarfs der EU und des Vereinigten Königreichs und etwa 8 Prozent des Ölbedarfs.

Kürzlich erklärte Oslo, es könne mehr russisches Gas ersetzen, wenn Europa sich zum Kauf verpflichtet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3f80eb480cc031a35fef6.jpeg>

14:35 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Dorf im Gebiet Brjansk**

Das im russischen Gebiet Brjansk an der Grenze zur Ukraine gelegene Dorf Sernowo wurde

von den ukrainischen Streitkräften beschossen. Dies berichtete der Gouverneur der Region Aleksandr Bogomas in seinem Telegramkanal:

"Heute Morgen wurde ein Artillerieangriff auf das Dorf Sernowo des Bezirks Susemka unternommen. Etwa 18 Schüsse wurden abgefeuert. Es gibt keine Verletzten. Die Notfalldienste sind vor Ort im Einsatz."

In den vergangenen Monaten waren die an der Grenze zur Ukraine gelegenen russischen Dörfer wiederholt durch ukrainische Streitkräfte beschossen worden.

15:00 de.rt.com: **Großbritannien verbietet die Einfuhr von Stahl, Eisen und Rüstungsgütern aus Weißrussland**

Die britischen Behörden haben ein Einfuhrverbot für Eisen, Stahl und Waffen aus Weißrussland verhängt und die Beschränkungen für Kalidünger erweitert. Dies geht aus einer Klarstellung für Importeure hervor, die am Dienstag auf der Webseite der britischen Regierung veröffentlicht wurde. In dem Dokument heißt es laut [TASS](#):

"Die neuen Sanktionen gegen Einfuhren aus Weißrussland traten am 5. Juli 2022 in Kraft, zusammen mit einem breiteren Paket von Handelssanktionen. Dazu gehören ein Verbot der Einfuhr von Waffen und verwandten Materialien, Eisen und Stahl sowie erweiterte Beschränkungen für Kali und Mineralien."

Wie das britische Außenministerium am Vortag bei der Ankündigung dieser Sanktionen erklärte, war der Grund für die verschärften Restriktionen die aktive Unterstützung der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine durch die weißrussischen Behörden unter Führung von Präsident Alexander Lukaschenko.



https://cdn-storage-tass.cdnvideo.ru/resize/488x326/tass_media/2022/07/05/X/1657010086138287_XfjhiLZz.jpg

15:45 de.rt.com: **Russland richtet zwei humanitäre Korridore für Schiffe im Schwarzen und Asowschen Meer ein**

Russland hat zwei humanitäre Korridore im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer eingerichtet. Das verkündete der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu. Laut [RIA Nowosti](#) erklärte er:

"Eine Reihe von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Schifffahrt in den Gewässern des Schwarzen und Asowschen Meeres wird derzeit umgesetzt."

"Die Minengefahr in den Gewässern des Hafens von Mariupol ist vollständig beseitigt."

Westliche Länder haben Russland wiederholt beschuldigt, die Ausfuhr ukrainischen Getreides zu verhindern und eine Verknappung des Getreides auf dem Weltmarkt zu provozieren.

Moskau weist seinerseits alle Anschuldigungen zurück und besteht darauf, dass es sich nicht in die Weizenausfuhr aus ukrainischen Häfen einmischt. Der Marktanteil des in der Ukraine

blockierten Getreides habe kaum Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c40a78b480cc52e711d240.jpg>

15:48 de.rt.com: **Britische Industrie warnt vor ernsthaften Folgen im Fall einer Gasrationierung**

Die Gasrationierung im Rahmen des Notfallplans der britischen Regierung könnte zur Schließung vieler Fabriken führen, von denen einige nicht einmal zwei Tage überleben würden, warnen Vertreter der britischen Industrie laut einem Bericht der Financial Times. Der britische Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng soll diese Woche die Einzelheiten des Notfallplans mit den Branchenvertretern besprechen. Wie die Zeitung Financial Times mit Verweis auf eine Quelle in der britischen Regierung am Montag berichtete, erwarten die Minister in diesem Winter keine Gasrationierung. Diese Maßnahme, so eine Quelle, sei nur für das "extreme und äußerst unwahrscheinliche Szenario" vorgesehen, dass Russland alle Gaslieferungen nach Europa und Norwegen und dann auch nach Großbritannien unterbricht. "In der gegenwärtigen Situation ist es unwahrscheinlich, dass es zu einer Gasknappheit kommt, doch wenn wir uns dem Winter nähern, könnten sich die Dinge ändern", sagte Dave Dalton, Vorsitzender der Energy Intensive Users Group, die die größten industriellen Energieverbraucher Großbritanniens vertritt. Dalton, der zugleich auch Geschäftsführer von British Glass, dem Verband der britischen Glasindustrie, ist, sagte, die Branche erhoffe sich von der Regierung "etwas mehr Ehrlichkeit" in Sachen Gasrationierung.

"Glas ist eine der am stärksten gefährdeten Branchen, da es sich um einen kontinuierlichen Prozess handelt, der stark von Gas abhängig ist. Wir könnten nur wenige Stunden überleben, vielleicht mehr als einen Tag, aber es wären nicht einmal zwei Tage", zitiert die Zeitung Dalton.

Auch der britische Keramikverband warnte vor einer "schnellen oder kurzfristigen Abschaltung" der Gaslieferungen, da dies für die Branche äußerst schädlich wäre und daher "robuste Notfallpläne" erforderlich seien. Der Verband hatte zuvor Sorgen über die ansteigenden Energiepreise sowie über die Politik der Regierung, die eine erhebliche Reduzierung der Kohlenstoffemissionen vorsieht, zum Ausdruck gebracht.

Andere Wirtschaftssektoren könnten sich laut dem Bericht leichter an Änderungen in der Energieversorgung anpassen, aber auch deren Vertreter forderten Notfallpläne und warnten vor den Gefahren eines Betriebs auf Stopp-Start-Basis.

Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine haben sich die Gaspreise in Europa mehr als verdoppelt und Anfang März einen historischen Höchststand von 3.900 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter erreicht. Angesichts einer Verringerung der Lieferungen aus Russland

und eines bevorstehenden Streiks in Norwegen, einem wichtigen Energielieferanten für den Kontinent, werden weitere Preiserhöhungen erwartet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c42b2ab480cc4c1e7084b4.jpg>

16:04 de.rt.com: **Adressänderung: Platz vor britischer Botschaft in Moskau nach Volksrepublik Lugansk benannt**

Die Bürger Moskaus haben für die Umbenennung des Platzes vor der britischen Botschaft gestimmt, der nun "Platz der Volksrepublik Lugansk" heißt. Zuvor war nach einer Abstimmung auch der Platz neben der US-Botschaft umbenannt worden.

Ein Platz nahe der britischen Botschaft in Moskau wird nun den Namen der Volksrepublik Lugansk (LVR) tragen.

Dies ist das Ergebnis einer Abstimmung unter der Moskauer Bevölkerung. Die Abstimmung fand auf der Internetseite der Moskauer Stadtverwaltung statt. Mehr als 100.000 Menschen nahmen daran teil. Die mehrheitlich gewählte Option erhielt 56,85 Prozent der Stimmen. Leonid Pasetschnik, das Oberhaupt der Volksrepublik Lugansk, sagte der Nachrichtenagentur TASS, dass die Entscheidung der Moskauer ein weiterer Akt der Unterstützung für die Menschen in der Lugansker Volksrepublik sei:

"Ich möchte betonen, dass das Erscheinen der Hinweise auf den Donbass in der russischen Hauptstadt für uns eine besondere Bedeutung hat. Dies ist ein weiterer Akt der Unterstützung und des Mitgefühls der Russen für unser Volk."

Nach Ansicht von Rodion Miroshnik, dem Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, haben die Einwohner Moskaus mit diesem Schritt "den Beitrag des Vereinigten Königreichs zur Eskalation des Konflikts im Donbass gewürdigt". Wenn man in der Londoner Residenz des britischen Premierministers die Briefe nach Moskau zum Platz der Volksrepublik Lugansk unterschreiben werde, werde man "sich ständig für das verantwortlich fühlen", was man "im Donbass angerichtet hat", so der Botschafter.

Zuvor war der Platz nahe der US-Botschaft entsprechend der Wahl der Moskauer zu Ehren der Volksrepublik Donezk umbenannt worden.

Nach der Umbenennung hatte die Botschaft der USA die Moskauer Adresse von ihrer Website entfernt. Anstelle der Anschrift erscheinen nur noch die Koordinaten 55.75566° N, 37.58028° E.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, kommentierte das Entfernen der Botschaftsadresse auf Telegram wie folgt:

"Als die Diskussion über die Änderung ihrer Adresse begonnen hatte, äußerten sie sich merkwürdigerweise sehr positiv zum Thema Donbass und sagten wörtlich Folgendes: 'Das Land sollte seine Helden kennen.' Und so hat sich die Situation nun entwickelt. Andererseits gehört es zur Kultur der modernen US-Außenpolitik, seine Meinung in das Gegenteil zu verkehren."

Es ist bemerkenswert, dass bei Google die Adresse der US-Botschaft noch unverändert ist,

während die Suchmaschine Yandex dem Gebäude bereits eine neue Anschrift zugeordnet hat: Platz der Volksrepublik Donezk 1.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c4100ab480cc6ad80030f1.jpg>

Der Union Jack über der britischen Botschaft in Moskau

16:15 de.rt.com: **Eisenbahnverbindung zwischen Gebiet Rostow und Donbass-Republiken soll wiederhergestellt werden**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Rostow, Wassili Golubew, hat der Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass eine Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zwischen der Region sowie den Donbass-Republiken in Planung sei. Dies sei sowohl für Güterlieferungen als auch für Personenbeförderung notwendig. Golubew sagte:

"Das ist das wichtigste Element der Entwicklung und der Wiederherstellung der Wirtschaft. Wir finden, dass dies eine der prinzipiellen Aufgaben der nächsten Zeit ist."

Der Gouverneur sprach sich ebenfalls über die Notwendigkeit der Einrichtung von Busverbindungen zwischen dem Gebiet Rostow, der DVR und der LVR aus. "Je eher, desto besser", sagte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c434ae48fbef5e29599732.jpg>

Eisenbahnknotenpunkt Rostow-am-Don

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Tschermalyk, Mangusch, Asowskoje, Jalta und Bugas wurden Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 2600 Menschen. Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Olginka, Sachanka und Iljitschewskoje durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 21 Hektar Territorium und 3900 Quadratmeter Gebäude untersucht und 174 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:25 de.rt.com: **Zehnjähriges Mädchen im Zentrum von Donezk durch ukrainischen Beschuss getötet**

[RIA Nowosti](#) meldet den Tod eines zehnjährigen Kindes im Zentrum von Donezk. Das Mädchen wurde durch Beschuss vonseiten der ukrainischen Armee getötet, wie der Bürgermeister von Donezk, Alexei Kulemsin, in seinem Telegram-Kanal mitgeteilt habe. "Ein zehnjähriges Mädchen wurde im Woroschilow-Bezirk von Donezk durch den Beschuss der BFU (ukrainische bewaffnete Formationen – Anm. d. Red.) getötet", heißt es in der Veröffentlichung.

Minuten zuvor meldete Kulemsin, dass die ukrainischen Streitkräfte den zentralen Woroschilow-Bezirk der Stadt mit Artilleriegranaten des "NATO"-Kalibers 155 Millimeter beschossen hätten.

Der Telegram-Kanal Tipitschnyj Donezk hatte zwei Video-Kurzberichte über den Tod des Mädchens vom Ort des Geschehens [veröffentlicht](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c45235b480cc2353665e37.png>

Durch ukrainischen Beschuss zerstörte Donezker Straße und Häuser an der Stelle, wo das Mädchen starb, 5. Juli 2022

abends:

18:00 de.rt.com: **Johnson und Selenskij besprechen Schicksal in DVR verurteilter**

britischer Söldner

Der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij und der britische Premierminister Boris Johnson haben bei einem Telefonat das Schicksal der britischen Söldner Aiden Aslin und Shaun Pinner erörtert, die in der Volksrepublik Donezk zuvor zum Tode verurteilt worden waren. Dies teilte das Büro des britischen Regierungschefs am Dienstag mit. Es hieß in der Erklärung:

"Die Führer erörterten auch die Fälle von ukrainischen Kämpfern britischer Herkunft, die in den vergangenen Wochen von den russischen Streitkräften gefangen genommen wurden." Die beiden Briten Shaun Pinner und Aidan Aslin sowie der Marokkaner Ibrahim Saadun waren am 9. Juni als ausländische Söldner in Donezk zur Hinrichtung verurteilt worden. Alle drei bekannten sich der bewaffneten Aggression auf Seiten der Ukraine schuldig, die auf die Machtübernahme in der Volksrepublik Donezk abzielte. Später legten alle drei Ausländer beim Obersten Gericht der DVR Berufung gegen das Urteil ein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c45149b480cc6ad8003137.jpg>
g

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der britische Premierminister Boris Johnson zum Auftakt der Gespräche in Kiew, 17. Juni 2022

18:20 de.rt.com: Syriens Botschafter in Moskau: Westen schleust IS-Terroristen aus Idlib in die Ukraine

Laut dem syrischen Botschafter in Moskau sei Russland im Zuge des Ukraine-Krieges einer Reihe von Bedrohungen aus dem Westen ausgesetzt. Die westliche Medienkampagne, die darauf abziele, die Wahrheit zu verdrehen und das Image Russlands in der Welt zu beschädigen, sei aber nur eine dieser Herausforderungen.

Der syrische Botschafter in Moskau Riad Haddad sagte, dass westliche Verbündete wie die Türkei die Überreste von Terrorgruppen wie etwa des IS und von Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) aus der nördlichen syrischen Provinz Idlib in die Ukraine verlegen, um dort weiter gegen russische Streitkräfte zu kämpfen:

"Wir sind nicht überrascht, dass die USA, der Westen überhaupt sowie die Türkei Kämpfer der Terrororganisationen IS und Dschabhat al-Nusra aus der syrischen Provinz Idlib in die Ukraine verlegen."

Derartige Schritte würden die Ukraine in eine Drehscheibe für Terroristen und Söldner verwandeln, was wiederum negative Folgen für die Sicherheit in der ganzen Welt haben werde. Er fügte hinzu, dass solche Terror-Gruppen – ungeachtet ihrer unterschiedlichen Namen – vom Westen als Knüppel genutzt würden, "um friedliche Völker rücksichtslos zu unterdrücken".

Zuvor hatte auch bereits der Leiter der Pressestelle des russischen Nachrichtendienstes für Auslandsaufklärung (SWR) Sergei Iwanow erklärt, dass die USA aktiv Kämpfer des IS rekrutieren, um sie als Söldner in den Kampfhandlungen in der Ukraine einzusetzen. Der

syrische Botschafter stellte weiter fest, dass man in Damaskus Russlands Militäroperation in der Ukraine uneingeschränkt unterstützt:

"Ich möchte unterstreichen, dass Syrien die Militäroperation Russlands in der Ukraine voll und ganz unterstützt, die darauf abzielt, die nationale Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität Russlands vor Söldnern und Neonazis zu schützen, die aus allen Ecken der Welt in das osteuropäische Land geströmt sind."

Der syrische Diplomat fügte hinzu, dass Moskau mit einer Reihe von Bedrohungen aus dem Westen konfrontiert sei. Eine dieser Herausforderungen sei die westliche Medienkampagne, die darauf abziele, die Wahrheit zu verdrehen und das Image des Landes zu beschädigen.

Haddad wies weiter auf die Wirtschaftsblockade und die völkerrechtswidrigen Sanktionen hin, die westliche Länder einseitig auch bereits gegen Syrien verhängt hatten. "Heute sehen wir, dass westliche Länder genau die gleichen Sanktionen gegen Russland und seine Nationen verhängt haben". Syrien und Russland hätten sich zusammengeschlossen, um sich gemeinsam gegen die von den USA angeführte westliche Hegemonie zu wehren, sagte der syrische Botschafter in Moskau weiter.

Die USA und die EU hatten in vergangenen Jahren gegen Syrien Sanktionen verhängt und das Vermögen des Staates sowie von Hunderten von Unternehmen und Einzelpersonen eingefroren. Im Jahr 2020 trat ein zweites Bündel von US-Sanktionen im Rahmen des sogenannten "Caesar Act" in Kraft, der im Dezember 2019 vom vormaligen Präsidenten Donald Trump unterzeichnet worden war. Die einseitigen Sanktionen wurden seinerzeit genau dann verhängt, als die syrische Regierung weiterhin verlorene Gebiete in Syrien zurückerobern konnte und die USA und deren Söldner in Syrien militärisch den Kampf faktisch verloren hatten.

حداد: الغرب والنظام التركي نقلا إرهابي (داعش) والنصرة) من إلب إلى أوكرانيا



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c3ff4d48fbef1b8606b157.jpg>

Der syrische Botschafter in Russland Riad Haddad

18:25 de.rt.com: **Mitglieder eines Teilverbands von Asow gestehen über 100 Morde**

Die Angehörigen der zum neonazistischen Asow-Regiment gehörenden Kampfgruppe "SS-Bären", die im Asow-Stahlwerk gefangen genommen wurden, haben über hundert Morde an Gefangenen und Zivilisten gestanden. Dies teilten die Rechtspflegebehörden der Volksrepublik Donezk der Nachrichtenagentur TASS mit.

Die Kampfgruppe zählte zum Zeitpunkt der Kapitulation der Garnison im Asow-Stahlwerk etwa zwanzig Personen, die zumeist aus Lwow stammten. Anfang Juli wurde ein Verfahren gegen die ersten acht der SS-Bären eröffnet. Die Quelle von TASS berichtete diesbezüglich: "Sie alle haben gestanden, wie und wo sie Gefangene und Zivilisten getötet haben. Unter den Angeklagten ist der Scharfschütze Wladimir Galitsch, der sechzig Morde gestand. Der Koch der Kampfgruppe hat nach eigenen Angaben fünf Gefangene erschossen. Auf den anderen

lasten Dutzende Opfer. Die Gesamtzahl der Getöteten übersteigt hundert."

Die sogenannte Kampfgruppe attackierte seit Herbst 2017 die Menschen in der DVR. In den sozialen Netzwerken fielen die SS-Bären durch die [ausgiebige Verwendung von NS-Symbolen](#) auf. Diese waren auf ihren Abzeichen und als Tätowierungen auf ihren Körper zu finden, darunter SS-Runen, Totenkopfsymbole sowie Porträts von Adolf Hitler. Nun droht den Angehörigen der Gruppe nach den Gesetzen der DVR die Todesstrafe.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sNX8QRBG-GR--AUa_rLM4Q1yXvhlM8vzMVgH-d8TiQjuYts98eTlpzqnQWz7c9EiuelJZgdx-m9piNeDV7-FczoIYK5J39mM_dq_mnrFStHMxUsRXUCpSo2YVm8TOanTmF3j3pL1K7en3_1sguLsQx4wVufJZlA2G82CuUxcb_d8BjRWJpqKx7Vj3sz2Dl2N1xiAj6ACdlhGV9lu3BIvB8g_TTIGo ooKjT1f6hJlkdAkqy3o1DE6CNrNcyJyg-o82MDuWYAdsBgFEsQ1eErBvybIdG_wFVj7Xo-qN2TPAjZtqO7GQqzH7AwLW70ZNT61SVMpyoJcT1ueLzNP8VXtag.jpg

18:48 de.rt.com: **Volkswagen schließt sein Werk in Nischni Nowgorod**

Nach langem Hin und Her stellt Volkswagen die Produktion in Nischni Nowgorod ein. Grund ist die hohe Unsicherheit über einen konkreten Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit. Im vergangenen Monat hat der Konzern den Mitarbeitern noch angeboten, freiwillig zu kündigen. Der Volkswagen-Konzern wird laut mehreren Medienberichten seine Produktionsstätte in Nischni Nowgorod schließen. Der offizielle Grund sollen Lieferprobleme von Autokomponenten nach Russland sein. Außerdem könne man den Zeitpunkt für eine potenzielle Wiederaufnahme der Produktion nicht vorhersagen.

Wie das Portal Autonews.ru berichtet, wird der Standort Anfang Oktober geschlossen. Das Schließungsverfahren entspreche der russischen Arbeitsgesetzgebung, alle Rechte der Mitarbeiter würden respektiert, verweisen russische Medien auf den Pressedienst des Konzerns. Das Werk in Nischni Nowgorod hatte Anfang März vorübergehend seine Arbeit eingestellt. Anfang Juni hatte die Geschäftsführung seinen Mitarbeitern angeboten, freiwillig zu kündigen und bis zu sechs Monatsgehälter zu erhalten.

Aufgrund von Sanktionen und des Ausfalls von Lieferketten hatten einige große Autohersteller, darunter auch Volkswagen, ihre Aktivitäten in Russland vorerst eingestellt. Darüber hinaus traten Ende Mai US-Sanktionen gegen die GAZ-Gruppe in Kraft, die die Produktion ausländischer Autos in Nischni Nowgorod praktisch unmöglich machten. Genau in den Fabrikhallen von GAZ wurden die Fahrzeuge der Volkswagen-Marken montiert. Das Werk fertigte dort die Automodelle Volkswagen Taos, Skoda Octavia, Skoda Kodiaq und Skoda Karoq.

Volkswagen betreibt in der Stadt Kaluga südwestlich von Moskau ein weiteres Werk. Dieses steht derzeit still. Ob die Arbeit dort wiederaufgenommen wird, ist vorerst unklar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c438ccb480cc6ad8003129.jpg>
Mitarbeiter des VW-Werks in Nischni Nowgorod

18:50 de.rt.com: **DVR-Ministerium: Häuser der Bewohner Mariupols werden kostenlos renoviert**

In Mariupol werden die während der Feindseligkeiten beschädigten Wohnhäuser kostenlos wiederhergestellt, teilte das Informationsministerium der Volksrepublik Donezk mit. Die Behörde meldete auf ihrem Telegram-Kanal:

"Die Einwohner von Mariupol bekommen ihre Wohnungen kostenlos renoviert."

Unter anderem sollen in Häusern, die zu weniger als 30 Prozent zerstört sind, beschädigte Wände, Decken, Fenster, Dächer, Türen und interne Kommunikationseinrichtungen ersetzt werden. Die Balkone sollen von den Arbeiten jedoch zunächst ausgeschlossen werden, bis ein Programm zur Schaffung eines allgemeinen Erscheinungsbilds der Häuser im nächsten Jahr feststehe, hieß es.

Vergangene Woche hatte DVR-Chef Denis Puschilin erklärt, dass das im Bau befindliche neue Wohnviertel in Mariupol bis Mitte Herbst in Betrieb genommen werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c46300b480cc2352230f91.jpg>

Ein zerstörtes Mehrfamilienhaus in Mariupol, 25. Juni 2022

19:01 Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 20.00 Uhr am 05.07.2022**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiterhin die Zivilbevölkerung der Republik und verübt massive Artillerieangriffe auf Wohngebiete und zivile Infrastruktur, die ihrerseits keine militärischen Einrichtungen sind und keine Gefahr für den Feind darstellen.

Am heutigen Tag feuerte der Feind nach Angaben des der Vertretung der DVR im GZKK **mehr als 300 Granaten** aus Grad-Mehrfachraketen systemen, 155-, 152- und 122-mm-Kanonenartillerie sowie 120-mm-Mörsern **ab**.

Das Feuer wurde auf 11 Ortschaften der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses wurden **9 Zivilisten verletzt und 3 Zivilisten, darunter ein Kind getötet**. 3 Wohngebäude und 12 zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an der Infrastruktur werden noch spezifiziert.

19:20 de.rt.com: **Generalstab der ukrainischen Armee bestätigt "Wohnsitz-Regelung" für Wehrpflichtige in der Ukraine**

Das russische Portal FAN berichtet darüber, dass der Generalstab der ukrainischen Armee eine Regelung bestätigt habe, der zufolge Wehrpflichtige in der Ukraine an ihren Wohnsitz gebunden sind und kein Recht haben, diesen ohne Erlaubnis zu verlassen.

Demnach besteht ein Verbot für Männer im wehrpflichtigen Alter, ihren Wohnsitz ohne Erlaubnis des Militärkommandanten zu verlassen.

"Die seit 1992 geltende Bestimmung des ukrainischen Gesetzes 'Über die Wehrpflicht und den Militärdienst' sieht vor, dass es in Kriegszeiten für Wehrpflichtige und Reservisten verboten ist, ihren Wohnort ohne Erlaubnis des Leiters des zuständigen territorialen Zentrums für Rekrutierung und soziale Unterstützung zu verlassen", so der ukrainische Generalstab.

Nach Angaben des Ministeriums werde die Erlaubnis, den Wohnort zu verlassen, den Bürgern für einen Zeitraum von 30 Tagen pro Jahr erteilt, je nach Kategorie der Person. Darüber hinaus werde eine weitere Klärung in Bezug auf die Freizügigkeit von Personen erwogen, die aufgrund dienstlicher oder persönlicher Erfordernisse systematisch Verwaltungsgrenzen überschreiten.

Die Erklärung des Generalstabs sei, wie es heißt, bei Experten und in der Öffentlichkeit auf heftige Kritik gestoßen. So betonte der Rechtsanwalt Rostislaw Krawez, dass die Verpflichtung, für Reisen außerhalb des Wohnsitzes eine Genehmigung des Einberufungsamtes einzuholen, aufgrund rechtlicher und logischer Ungereimtheiten in der Anordnung des Armeechefs die Korruption vor Ort verbreiten und die Wirtschaft zum Erliegen bringen wird.

Der Politikexperte Juri Romanenko bezeichnete den Erlass des Generalstabs als "unsinnig". Seiner Meinung nach ist die einzige Erklärung für die Initiative die Schaffung eines "gigantischen Futtertroges", der jedem Angestellten des Amtes für Militärregistrierung und Rekrutierung Millionen einbringen wird.